ANDREAS VARNHORN

Netzzentrale der Deutschen Telekom
„Unpräzise Gesetzeslage“

VERBRAUCHER

Vorstoß ohne Konzept

Das Monopol der Deutschen Telekom bei Ortsgesprächen soll gebrochen werden. Aber können die Kunden jetzt wirklich auf drastisch sinkende Gebühren hoffen?

Viel Grund zur Freude hatte Bundeswirtschaftsminister Werner Müller in den vergangenen Wochen nicht. Das Desaster um die Ablösung von Telekom-Chef Ron Sommer, die bösen Patzer seines Ministeriums bei der Ministererlaubnis zur E.on/Ruhrgas-Fusion und die ständige Kritik an seiner erfolglosen Mittelstandspolitik sind nicht spurlos an dem Ex-Strommanager vorbeigegangen.

Umso fröhlicher war der parteilose Minister, als er vergangene Woche mal wieder eine positive Nachricht aus seinem Haus verkünden konnte. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat, so Müller, habe nach zähem Ringen den Weg für Call-by-Call im Ortsnetz frei gemacht.

Bereits ab Dezember sollen Telefonkunden, wie bei Ferngesprächen üblich, auch bei Ortsgesprächen über eigene Vorwahlnummern die Dienste von Telekom-Konkurrenten in Anspruch nehmen können – und damit, so Müller, von der „größeren Anbietervielfalt und sinkenden Preisen“ profitieren. Prompt prognostizierte „Bild“, dass die Telefonkosten für Ortsgespräche schon bald um bis zu 75 Prozent sinken könnten.

Schön wär’s. Tatsächlich ist der im Vermittlungsausschuss errungene Kompromiss das Papier nicht wert, auf dem er steht.

Auf konkrete Preise, Daten und andere Konditionen, zu denen Telekom-Konkurrenten die Ortsnetzleistungen der Telekom weiterverkaufen dürfen, haben die Politiker nämlich verzichtet. Mit fatalen Folgen: Wettbewerber, die Ortsgespräche anbieten wollen, müssen nun in langwierige Verhandlungen mit der Telekom eintreten. Und dass der Ex-Monopolist ihnen freiwillig Preisnachlässe einräumt, die einen rentablen Wiederverkauf ermöglichen, halten Experten für abwegig.

Der für die Preisüberwachung zuständigen Regulierungsbehörde jedoch sind die Hände gebunden. Das ganze Werk, sagt ein hochrangiger Beamter, ist so schwammig und unpräzise, dass eine Preisfestsetzung so gut wie unmöglich ist. „Ein wirklicher Schub für den Wettbewerb im Ortsnetz“ sei daher „nicht zu erwarten“.

Im Gegenteil: Zahlreiche kleine Telekommunikationsunternehmen sind von Müllers Vorstoß zutiefst verunsichert. So genannte City-Carrier wie NetCologne, Isis oder Hansenet haben in den vergangenen Monaten und Jahren in großen Städten Millionenbeträge in den Aufbau eigener Ortsnetze investiert.

„Wie sich die Margen in diesem Geschäft entwickeln werden“, schimpft Peer Knauer, Chef der Firma Tropolys, die an insgesamt zwölf Stadtnetzbetreibern beteiligt ist, „steht angesichts der unpräzisen Gesetzeslage in den Sternen.“ Auch der Verband der privaten Netzbetreiber (VATM) spricht von einem Vorstoß „ohne jedes Konzept“. Es dränge sich, heißt es dort, der Eindruck auf, dass die Bundesregierung mit dem überstürzten Schritt lediglich einer „bevorstehenden Millionengeldbuße aus Brüssel“ zuvorkommen wollte.

Tatsächlich hatten die Brüsseler Wettbewerbshüter die Bundesrepublik mehrfach angemahnt, für mehr Wettbewerb im Ortsnetz zu sorgen. Fünf Jahre nach der Öffnung des Marktes ist die Bilanz bei Telefongesprächen innerhalb der Ortsgrenzen verheerend. Mit über 97 Prozent Marktanteil verfügt die Telekom nach wie vor über ein Monopol. Selbst Preiserhöhungen kann sich das Unternehmen bereits wieder leisten. Vor einigen Monaten schon hat die Telekom die Grundgebühr für den Normalanschluss um rund fünf Prozent angehoben – ein weiterer Aufschlag ist für Anfang nächsten Jahres in Vorbereitung.

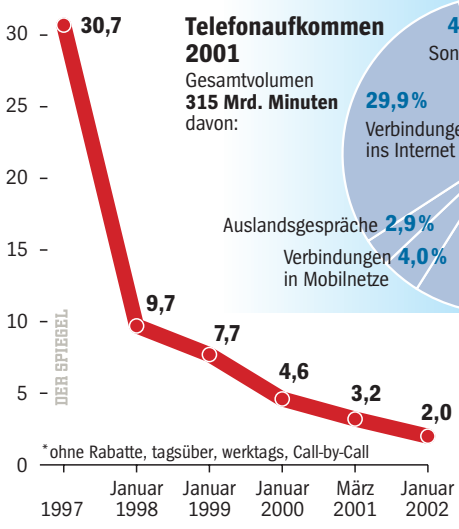
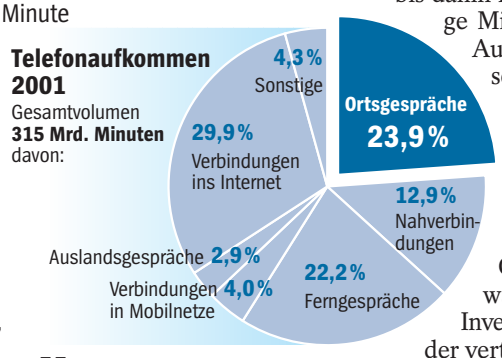
Dabei hätte Wirtschaftsminister Müller alle Möglichkeiten gehabt, frühzeitig für mehr Wettbewerb zu sorgen – über den so genannten Teilnehmeranschluss (TAL). Die komplette Telefonstrippe mit dazugehöriger Anschlussdose können Wettbewerber der Telekom laut Gesetz schon seit Jahren von der Telekom mieten, um den so gewonnenen Ortsnetzkunden eigene Dienste, Tarife und Rechnungen anzubieten.

Doch genau diese Möglichkeit machte Müller zunichte. Gegen den erbitterten Widerstand der Regulierungsbehörde schraubte der Wirtschaftsminister den Mietpreis für den Teilnehmeranschluss schon 1999 auf astronomische Höhen.

Ein vernünftiges Geschäft, klagte beispielsweise Arcor-Geschäftsführer Harald Stöber, war ab da nicht mehr möglich. Konsequent stutzen Telekom-Hauptkonkurrenten wie Arcor oder Mobilcom, die bis dahin noch jährlich zweistellige Millionensummen in den Aufbau des Ortsnetzgeschäfts pumpen wollten, ihre Investitionspläne zusammen.

Und auch diesmal könnte Müllers Wirken verheerende Folgen haben. Einige City-Carrier zumindest erwägen, ihre laufenden Investitionen bis zur Klärung der vertrackten Lage einzufrieren. Mit ihrem „schlecht geplanten Aktionismus“, heißt es beim VATM, hätte die Bundesregierung dann das genaue Gegenteil von dem erreicht, was sie eigentlich vorhatte: Auf dem deutschen Telekommunikationsmarkt drohe „weniger statt mehr Wettbewerb“.

FRANK DOHMEN

Preisverfall

Ferngespräch-Standardtarife*, Preis in Cent pro Minute